



Sabine Bächle-Scholz MdL

**Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort
Ausgabe April 2015**



CDU HESSEN

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Anfang des Jahres 2015 war geprägt von den Neujahrsempfängen und Faschingsveranstaltungen, die ich sehr genossen habe. Ich bedanke mich recht herzlich für das Engagement der Veranstalter und Helfer. Auch richte ich meinen Dank an die Damen und Herren, die mich zu den jeweiligen Veranstaltungen begleitet haben.

Ich freue mich deshalb, Sie wieder das ganze Frühjahr begleiten zu dürfen und ich bin schon gespannt auf die bevorstehenden Ostermärkte und die Events der einzelnen Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände, die für mich eine Herausforderung sind und immer so fantastisch organisiert werden.

Ihnen und Ihrer Familie ein schönes Osterfest.

Sabine Bäcker - Soreg



In dieser Ausgabe:

- **Haushaltskonsolidierung in Hessen - S. 2**
- **Kinderbetreuung in Hessen – S. 3**
- **Asyl- und Flüchtlingslexikon Teil 1 – S. 4**
- **Hessentag 2017 in Rüsselsheim– S. 5**
- **Besuch bei Ferrero – S. 6**
- **Fragen zu Griechenland – S. 7-8**
- **Impressionen aus dem Wahlkreis - S. 9-10**
- **Pressebox - S. 11**

Haushaltskonsolidierung in Hessen

„Die Zukunft der nachfolgenden Generationen hängt von unserem jetzigen Verhalten in der Ausgabenpolitik ab“, konstatiert Sabine Bächle-Scholz, „deshalb sollten die Ausgaben im Haushalt des Landes Hessen weiterhin so moderat ausfallen, dass ein Handlungsspielraum für die Späteren gegeben ist“.

In diesem Sinne ist die Nettoneuverschuldung im letzten Jahr im Nachtragshaushalt um weitere 124 Millionen Euro auf unter eine Milliarde Euro gesenkt worden. Das bedeutet, dass die Netto-Neuverschuldung fast 200 Millionen Euro niedriger ausgefallen ist als geplant, obwohl ca. 1,7 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich gezahlt worden sind.

Ein wesentlicher Grund für die Haushaltsverbesserungen waren die eingeschränkten Vorgaben für die Mittelbewirtschaftung des Landes, die u.a. bei den Bauausgaben zu Einsparungen von über 40 Millionen Euro geführt haben. Geringere Ausgaben sind beim Personal zu verzeichnen und auch bei den Zinsen musste das Land dadurch wieder deutlich weniger ausgegeben als geplant.

Die Schuldenbremse hat uns Anstrengungen abverlangt. 70 Millionen Euro zur Absenkung der Neuverschuldung einzusetzen, erscheint sicherlich als zu wenig. Jedoch wird der langfristig eingeschlagene Weg der Ersparnis uns zum Ziel führen. Die Verfassung sieht vor, dass bis 2020 der es keinerlei Neuverschuldung im Haushalt gibt.

Das Ziel der CDU-Politik wird immer die Haushaltskonsolidierung sein, alles zu unternehmen um langfristig einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Das sehe ich als eine Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes.



Kinderbetreuung in Hessen

„Eine gute Betreuung unserer Kinder ist von großer Bedeutung in Hessen. Eine Landesregierung wird daran gemessen, wie gut die einzelnen Felder der Sozialpolitik bei der Mittelvergabe berücksichtigt werden“, berichtet die CDU-Landtagsabgeordnete. Der Ausbau des Betreuungsangebotes ist gut gestiegen, so dass der Rechtsanspruch für Kinder über 3 Jahren erfüllt ist. Gerade in der frühkindlichen Erziehung werden grundsätzliche Werte im Umgang mit Anderen vermittelt, so dass mit diesen Geldern die CDU Hessen landesweit hohe Mindeststandards in der Qualitätssicherung der Betreuung vorgibt und dadurch in unsere Kinder und deren Fortkommen gut investiert wird.

Für die Unter-Dreijährigen liegt Hessen mit einer Betreuungsquote von 28,8 Prozent deutlich über dem Schnitt der westdeutschen Länder mit 27,4 Prozent (Stichtag: 1. März 2014). Bereits vor mehr als einem Jahr wurden mehr als ein Viertel der hessischen Kleinkinder in einer Kindertagesstätte oder von einer Tagesmutter betreut. Vermutlich ist die Zahl weiter gestiegen. Es wurde sogar der Fristablauf der Mittelvergabe verlängert, damit noch Investitionen für Bau- und Ausbaumaßnahmen der Träger abgerufen werden können.

434,5 Millionen Euro jährlich werden im Schnitt landesweit für Kinderbetreuungsangebote veranschlagt. Mit diesen Mitteln werden hessenweit hohe Mindeststandard, zusätzliche Qualität der Betreuung und eine Absicherung der Trägervielfalt und eine gerechte Förderlogik, damit jedes Kind letztendlich gleich behandelt wird gleichwohl es einen durchschnittlich höheren Förderbedarf benötigt.

„Ich bin stolz daran mitzuwirken, dass unsere Kinder in Hessen eine solide Zukunft haben“.



In den kommenden Ausgaben des Newsletters soll jeweils ein Aspekt der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Hessen beleuchtet werden.

In dieser Ausgabe des Newsletters beginnen wir mit den Flüchtlingen.

Die Rechte für Flüchtlinge sind in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 festgelegt. Mittlerweile halten sich 147 Staaten daran. Als Flüchtlinge werden nicht nur politisch Verfolgte anerkannt, sondern auch Menschen, denen wegen ihrer Rasse, Religion oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe in ihrem Heimatland Gefahr droht. Anders als bei Asylberechtigten muss diese Gefahr nicht vom Staat ausgehen, sondern kann auch von Parteien oder Organisationen stammen. Auch die Einreise über ein Drittland ist kein Problem. Wird ein Mensch in Deutschland als Flüchtling aufgenommen, hat er sofort die Erlaubnis zu arbeiten. Früher haben Asylberechtigte eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommen, Flüchtlinge nur eine befristete. Mittlerweile sind die Regelungen quasi identisch.

Das Land Hessen

Die zunehmende Zahl von Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern stellt Land, Landkreise und Kommunen vor große Herausforderungen. Das Land hat sich für diese Situation gerüstet, beispielsweise die Erstaufnahmeeinrichtung erweitert, weiteres Personal für die Regierungspräsidien bereitgestellt etc.

Die Erstaufnahmeeinrichtung aber auch die Unterbringungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften sind derzeit am Rande der bislang vorhandenen Kapazitäten. Um sich unbürokratisch untereinander zu unterstützen, prüft das Hessische Immobilienmanagement gemeinsam mit dem HMSI / der Erstaufnahmeeinrichtung leerstehende Liegenschaften des Landes auf ihre Eignung zur Unterbringung von Flüchtlingen und reicht diese Informationen auf geeignetem Weg an Land, Kreise und Kommunen weiter. Dabei werden freie Unterbringungsmöglichkeiten, die das Immobilienmanagement des Bundes (wegen der Bundeswehrkasernen) mitgeteilt hat, sowie auch Unterbringungsmöglichkeiten von anderen Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften u. ä. mit einbezogen. „Die Hessische Landesregierung wird damit ihrem gesetzlichen Auftrag gerecht und erfüllt maßgeblich ihre Verpflichtungen“, stellt die CDU-Landtagsabgeordnete fest, „In 2015 werden in Hessen insgesamt über 380 Millionen Euro in dem Bereich Asyl- und Flüchtlingspolitik zur Verfügung gestellt. Das Hessische Maßnahmenpaket Asyl sieht dabei eine Erhöhung der Pauschalen um 15 Prozent vor. Die Mittel werden verabredungsgemäß rückwirkend zum 1. Januar 2015 ausgezahlt.“

Das Land Hessen hat, um dem Zuwanderungsstrom zu bewältigen, die Einberufung einer nationalen Asylkonferenz gefordert, um dort gemeinsam Lösungen zu finden. Nur mit einem koordinierten Vorgehen können Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Strategien und Lösungen zur Bewältigung der weiter steigenden Zahlen von Flüchtlingen, die in Deutschland Schutz suchen, erörtern.





Rüsselsheim freut sich auf den Hessentag 2017!

Die CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU-Landtagsfraktion Sabine Bächle-Scholz begrüßt die Entscheidung den Hessentag 2017 in Rüsselsheim stattfinden zu lassen und gratuliert den Rüsselsheimern und dem Oberbürgermeister Patrick Burghardt hierzu.

„Durch die Unterstützung von Opel Rüsselsheim hat die Stadt einen starken Partner an der Seite und dies sei zu begrüßen“, resümierte die CDU-Politikerin, „Rüsselsheim ist eine weltoffene Stadt mit einigen Sehenswürdigkeiten.“

So wird nach Sabine Bächle-Scholz Meinung der Finanzanteil des Landes gerade rechtzeitig eine Möglichkeit bieten, bestimmte Vorhaben in der Opel-Stadt zu realisieren. „Die dadurch zu erwartenden Synergieeffekte seien nicht zu unterschätzen, im positiven Sinne“, stellt die CDU-Abgeordnete fest. Da der Autogigant sich selbst einbringen wird und im Rahmen dessen sogar sein Werksgelände zur Verfügung stellt, ist ein klares Signal der Kooperation gegeben.

Die angespannte Finanzlage der Stadt ist bekannt und die Abgeordnete sieht die Möglichkeit diese abzufedern. „Dieser Innovations Schub für Rüsselsheim kommt gerade rechtzeitig. Es können Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen in Angriff genommen werden, die ohne die Entscheidung des Ministerpräsidenten Volker Bouffier so schnell zu realisieren wären“, stellt Frau Bächle-Scholz dar.

Oberbürgermeister Patrick Burghardt geht hier neue Wege zur Belebung der Innenstadt zum Wohle Rüsselsheims und seiner Bürger.

„Ich habe bis zum heutigen Tag die Rüsselsheimer immer als engagierte Mitbürger kennengelernt, und sie ist sicher, dass die Einwohner, die Vereine, Verbände und Hilfsorganisationen dieses Volksfest gemeinsam realisieren werden“, erklärt Sabine Bächle-Scholz.

„Und ich wünsche allen Gästen, Besuchern und den Rüsselsheimern schon jetzt schöne Tage und vielfältige Angebote bei diesem hessischen Volksfest.“

Besuch bei Ferrero in Stadtallendorf



Eine unvergessliche Besichtigung der Produktionsbereiche des mittelständischen Unternehmens wurde Frau Bächle-Scholz, Vorsitzende der CDA-Arbeitnehmergruppe im Hessischen Landtag, seitens der Geschäftsleitung des Unternehmens geboten. Begleitet wurde die CDU-Politikerin von Frau Klaff-Isselmann MdL, Frau Müller-Klepper MdL, Frau Ravensburg MdL, Herrn Bohnacker, 1. Stadtrat von Stadtallendorf und Herrn Zink, Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung.

So produziert das Unternehmen nach Eingang von Produktbestellung mittels SAP-Unternehmenssoftware die verführerischen Leckereien und erfüllt somit die gesetzlichen Vorgaben des Verbraucherschutzes.

Dahingehend gibt es eine nachhaltige Qualitätskontrolle mit internen Audits z.B. durch das Allergenmanagement. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass das Unternehmen eine Auszeichnung des Deutschen Asthma- und Allergiker Bundes erhalten hat. Die Kosten für diese Maßnahmen befinden sich im 6-stelligen Bereich.

„Ich begrüße die Möglichkeit der variablen Arbeitszeiten, so dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Familie und Beruf durch verschiedene Schichtmodelle verbinden können“, resümiert Frau Bächle-Scholz. Die Arbeitnehmer können selbstverständlich auch ihre Zeitkonten durch Überstunden auffüllen so dass zum Beispiel die Pflege in der Familie oder die Erziehung der Kinder geleistet werden kann, ohne die Angst doch den Arbeitsplatz zu verlieren.

„Bemerkenswert finde ich die Leistungen in dem Ausbildungsbereich des mittelständischen Unternehmens“, begeistert sich die Sozialpolitikerin. Der Ausbildungsbedarf richtet sich nach dem Bedarf des Unternehmens, ungefähr 30 neue Auszubildende jedes Jahr, mit dem Ziel der Übernahme. So werden auch Hauptschulabsolventen berücksichtigt, die im Sektor Praktisch Begabte mit einer Zusatzqualifikation eine Aufstiegsmöglichkeit in diesem Unternehmen haben. Außerdem bietet Ferrero ein Duales Studium für Ingenieure an.

Fragen und Antworten zur Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland



Warum wurde das Hilfsprogramm für Griechenland verlängert?

Griechenland erhält seit Mai 2010 finanzielle Unterstützung seitens der Euro-Gruppe, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Mit zwei Hilfspaketen wurden bisher Kredite von insgesamt 240 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Dadurch konnte eine Staatspleite Griechenlands vermieden werden. Zudem gab es im März 2012 einen Schuldenschnitt, bei dem private Gläubiger auf mehr als die Hälfte ihrer Forderungen verzichteten. Das aktuelle Hilfsprogramm für Griechenland läuft Ende Februar 2015 aus. Es war auf Antrag der Vorgängerregierung bereits um zwei Monate verlängert worden. Eine weitere Verlängerung des Hilfsprogramms war ohnehin vorgesehen. Ohne weitere Zahlungen an die griechische Regierung wäre Griechenland voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2015 zahlungsunfähig geworden. Das hätte wahrscheinlich auch ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro zur Folge gehabt. Keine dieser Optionen liegen aber im Interesse der griechischen Regierung oder der anderen Euro-Staaten. Um die Staatspleite abzuwenden, hat die griechische Regierung letztlich zugesichert, die Verträge der Vorgängerregierun-

gen mit den Kreditgebern einzuhalten. Gleichzeitig hat die griechische Regierung Vorschläge erarbeitet, um in Abstimmung mit den Kreditgebern eigene Reformpläne umsetzen zu können.

Welche Position vertritt die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit Griechenland?

Für die CDU gilt der Grundsatz: „Keine Hilfe ohne Gegenleistung“. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel haben immer wieder deutlich gemacht, dass es für Griechenland keinen Rabatt geben wird. So, wie die anderen Euro-Staaten ihre solidarischen Zusagen einhalten werden, muss sich auch die neugewählte Regierung in Griechenland an vereinbarte Abmachungen halten. Einem Schuldenerlass für Griechenland erteilt sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Finanzminister eine klare Absage.

Was war das Ergebnis der Verhandlungen der neuen griechischen Regierung mit den anderen Euro-Ländern?

Am Freitag, dem 20. Februar 2015, kam es zu einer Einigung mit Griechenland. Darin hat sich die die

CDU-geführte Bundesregierung gemeinsam mit den anderen Euro-Staaten durchgesetzt.

- Die griechische Regierung verpflichtete sich, das bisherige Reformprogramm erfolgreich abzuschließen.
- Zudem willigte Athen ein, sich weiter von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) kontrollieren zu lassen. Geändert hat sich hier lediglich, dass diese Institutionen nicht mehr Troika genannt werden.
- Außerdem verpflichtete sich Ministerpräsident Tsipras für die griechische Regierung, die bereits durchgeführten Reformen nicht einfach zurückzunehmen.

Die anderen Euro-Staaten haben Griechenland zugestanden, die Reformauflagen des aktuellen Hilfsprogramms zu verändern, allerdings unter zwei klaren Voraussetzungen: Jede Änderung muss mit den Geldgebern abgestimmt sein und sie darf keine negativen Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben. Bis zum Montag, dem 23. Februar 2015, musste die griechische Regierung Spar- und Reformvorschläge vorlegen, die von den Euro-Staaten akzeptiert werden mussten. Dies hat die griechische Regierung eingehalten. Die Finanzminister der Euro-Staaten haben am Dienstag, dem 24. Februar 2015, in einer Telefonkonferenz die Vorschläge Griechenlands beraten und ihnen zugestimmt. Damit war der Weg frei, das eigentlich Ende Februar auslaufende Hilfsprogramm um vier Monate zu verlängern. Ohne eine Verlängerung dieses Programms hätte Griechenland der Staatsbankrott gedroht. Durch die Verlängerung des Hilfsprogramms fließen lediglich die Mittel, die Griechenland aufgrund der bestehenden Verträge ohnehin zugesagt worden waren. Es fließt kein zusätzliches Geld. Durch die griechischen Zugeständnisse ist nun die Fortführung des Hilfsprogramms bis Ende Juni möglich.

Welche Maßnahmen sieht das von Griechenland vorgelegte Reformpaket vor?

Die griechischen Vorschläge zielen darauf ab, Zusatzeinnahmen für den Staat zu erzielen, die Wirksamkeit der öffentlichen Verwaltung zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zu stärken. Folgende Vorschläge hat die griechische Regierung unter anderem unterbreitet:

- die Bekämpfung der Korruption
- die Bekämpfung des Benzin- und Zigaretten Schmuggels
- das Eintreiben von Steuerschulden bei Unternehmen und Bürgern
- ein Abbau der Anreize zur Frühverrentung
- Bestandsgarantien für bereits beschlossene Privatisierungen

Die griechische Regierung hat bekräftigt, allen finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern vollständig und pünktlich nachzukommen.

Wie hat der Deutsche Bundestag abgestimmt?

Die Europäische Zentralbank (EZB), die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben das von der griechischen Regierung vorgelegte Reformpaket geprüft und die Vorschläge als tragfähig bewertet. Aufgrund dieser Bewertung hat der Deutsche Bundestag am Freitag, dem 27. Februar, der Verlängerung des Hilfsprogramms um vier Monate zugestimmt. Wichtig für diese Entscheidung war auch, dass Griechenland Hilfszahlungen nur Schritt für Schritt nach erbrachten Reformleistungen erhält. Hier kommt erneut der Grundsatz „Keine Hilfe ohne Gegenleistung“ zur Geltung.



Impressionen aus dem Wahlkreis



Rathaussturm Bischofsheim



Fastnachtsumzug Bischofsheim



BCV - Sitzung



„Teufel und Engel“ bei der Schwarzen 11 Rüsselsheim



PHG Raunheim



Karnevalsumzug Rüsselsheim



Bei dem ESV



Neujahrsempfang Groß-Gerau



Neujahrsempfang Ginsheim-Gustavsburg



Neujahrsempfang Rüsselsheim





Pressebox

Pressebericht zum Besuch der Pestalozzischule in Raunheim

Quelle: main-spitze.de

[weiter...](#)

Pressebericht zum Neujahrsempfang der Europa-Union

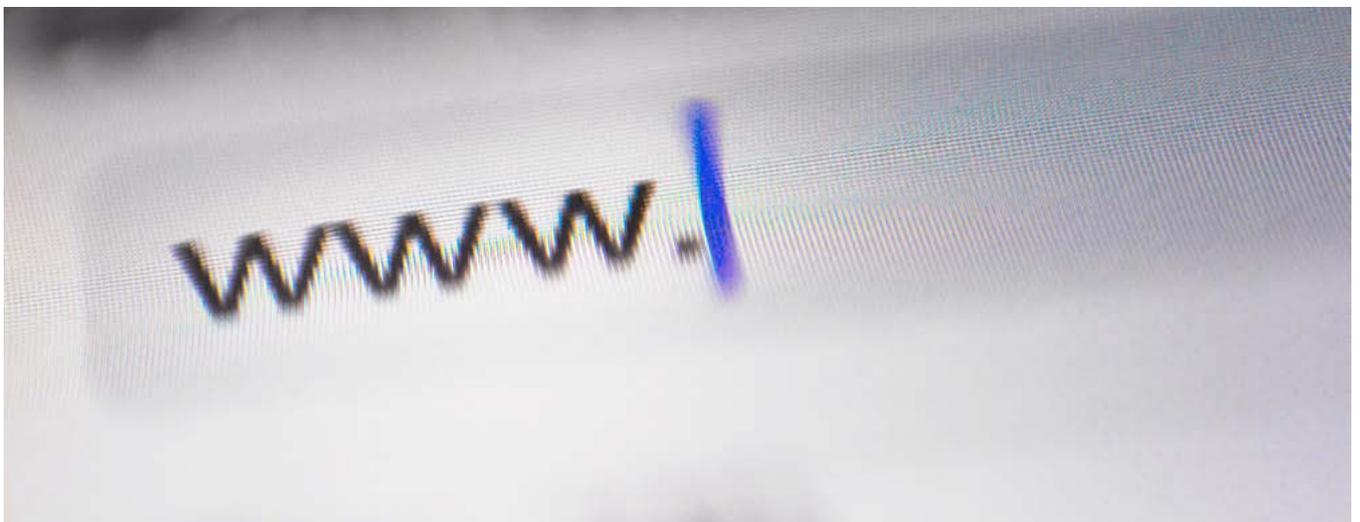
Quelle: echo-online.de

[weiter...](#)

Landtagsrede von Sabine Bächle-Scholz - „Anerkennung und Respekt“

Quelle: hr-online.de

[weiter...](#)





Sabine Bächle-Scholz MdL

**Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort
Ausgabe April 2015**

**Impressum: v.i.S.d.P.
Sabine Bächle-Scholz MdL
Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de**



CDU HESSEN

sabine-baechle-scholz.de